

Lichtenstein-Collberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllsen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllsen, Ruhlschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 88.

Preis pro Ausgabe: 7 Pf.

Sonnabend, den 15. April

Telegraphische Adressen:

1905.

Der Landwirt Mag. Albin Burkhardt in Müllsen St. Micheln ist unter dem heutigen Tage wegen Trunksucht entmündigt worden.
Lichtenstein, den 14. April 1905.

Das königliche Amtsgericht.

Volksbibliothek Knabenflügel part. Nr. 1,
Mittwochs und Sonnabends mittags 12—1 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Mit der Ernennung des Kaisers zum Admiral der griechischen Flotte, die, wie gemeldet, in Korfu bei dem Zusammenreffen mit dem Könige von Griechenland erfolgte, kann der Kaiser sich rühmen, nunmehr bei fünf fremden Flotten die Ehrenwürde eines Admirals zu bekleiden; der Kaiser ist jetzt Admiral der Flotten von Großbritannien, Schweden-Norwegen, Dänemark, Rußland und Griechenland. Ferner bekleidet er die Würde eines Generalmarschalls bei den Armeen von Großbritannien, Oesterreich-Ungarn und Spanien. Als Chef ausländischer Regimenter wird der Kaiser achtmal geführt, und zwar dreimal in Rußland, zweimal in Oesterreich und je einmal in England, Portugal und Spanien. Im deutschen Heere sind es dreizehn Regimenter, die den Kaiser ihren Chef nennen.

* Nach Ostern wird der Reichstag sich auch mit der Frage befassen, in welcher Weise er seinerseits der bevorstehenden Vermählung des deutschen Kronprinzen gerecht werden will. Es ist das erste Mal seit der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreiches, daß ein deutscher Kronprinz seine Hochzeit feiert.

* Kronprinz Ferdinand von Rumänien ist in Berlin eingetroffen. Er wird zunächst der Feier der ersten Kommunikation des Prinzenpaars Franz Joseph und Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen, der Söhne des Erbprinzen Wilhelm, in Berlin beizuwohnen; bekanntlich sind der Fürst von Hohenzollern und der König von Rumänien Brüder. Dann wird der Kronprinz verschiedenen Verwandten in Deutschland Besuche abstatten und später den König von Rumänien bei der Hochzeit des deutschen Kronprinzen vertreten.

* Die preussische Bergesebnovelle wurde von der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit einigen Abänderungen am Donnerstag angenommen.

* Der gute Eindruck, den das erste parlamentarische Auftreten des neuen preussischen Ministers des Innern von Bethmann-Hollweg hervorgerufen, wirkt noch immer in den Präferenzen nach. Große Hoffnungen werden an den Ministerwechsel geknüpft. So wird unter der Ueberschrift „Frühling in der preussischen Verwaltung“ in der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben: „Was hat das Wunder bewirkt? Nach hat Herr v. Bethmann-Hollweg kaum Zeit gehabt, sich in seinem Ministerium umzusehen; ehe man von seinen Taten hört, wird noch mancher Monat vergehen; die von seinem Vorgänger in Angriff genommenen Maßregeln auf dem Gebiete der Gesetzgebung werden, wie billig, noch zurückgestellt. Es sind auch nicht Fragen ersten Ranges, zu denen Herr v. Bethmann-Hollweg sich bis jetzt zu äußern Gelegenheit fand, und er hat nicht viel gesagt, was wie ein Programm aussehe. Nur daß er über diese Fragen nicht wie ein junger, bürokratischer preussischer Duzendminister, sondern wie ein unbefangener Mann mit gesundem Menschenverstand gesprochen hat, erweckt ihm einen so warmen Beifall im Lande, läßt überall ungewöhnliche Hoffnungen hervorsprechen. Man weiß nicht: ist das mehr ehrend für Herrn v. Bethmann-Hollweg oder mehr beschämend für den Geist der preussischen Verwaltung? Man kann nur von Herzen wünschen, daß kein Reif auf die Frühlingsblüten falle.“ Vielleicht dringt dann auch, so heißt es zum Schluß, etwas davon in andere Gebiete hinüber, denen man einen Bethmann-Hollweg wünschen möchte, wir meinen vornehmlich die Schule und die Justiz!

* Zu der Frage der Verabschiedung der Militärpensionsgesetze schreibt die „Nat.-Lib. Anz.“: „Der Präsident des Reichstages Graf Ballestrem hatte die Absicht, die Osterpause nicht so reichlich zu bemessen, als schließlich nach dem Beschluß der Mehrheit geschah. Es verlautet, bestimmend für ihn sei die von ihm gehegte Annahme gewesen, es werde noch die eine oder andere gesetzgeberische Maßnahme bis zu einem früheren Zeitpunkt des Wiederzusammentretens des Reichstages seitens des anderen Faktors der Gesetzgebung soweit gefördert sein, um ihre Durchberatung auch im Reichstag in dem laufenden Arbeitsabschnitt als möglich und erreichbar erscheinen zu lassen. Mehrfach hat sich die Meinung herausgebildet, da der Reichstag erst am 10. Mai wieder zusammentritt, sei auch an eine Erledigung der Militärpensionsgesetze nicht mehr zu denken. Wir halten dafür, daß diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Partei, welche sich, wie dies insbesondere seitens des Grafen Oriola geschehen ist, unentwegt beflissen zeigten, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche leider einer schnellen Erledigung dieser wichtigen Aufgabe in den Weg getreten sind, alles aufbieten müssen, um auch die letzten Widerstände zu überwinden, die der Verabschiedung der in Frage stehenden Gesetzentwürfe erwachsen könnten. Mit dieser an unsere nationalliberale Reichstagsfraktion gerichteten Aufforderung, in ihrer Initiative zur weiteren Förderung der Militärpensionsgesetze nicht zu erlahmen, verkennen wir aber auch keineswegs die Schwierigkeiten, die das Zentrum immer von neuem der Lösung der Frage entgegenstellt.“

* Gegen die Redensart von der „amerikanischen Gefahr“ wendet sich Geh. Kommerzienrat Goldberger, ein genauer Amerikaner, in einem Artikel in den „Preuß. Jahrbüchern“. Er sagt u. a.: „Ich habe gewissermaßen die Inventur aller starken und schwachen Stellen in der wirtschaftlichen Rüstung Amerikas aufgemacht, und in der Abschlußrechnung fand sich — bei aller Anerkennung der unvergleichlichen natürlichen Schätze der neuen Welt, der hohen Intelligenz und Zielstrebigkeit ihrer Bewohner sowie der Vorteile, die ihnen die Loslösung von lastender Ueberlieferung in manchem Betracht gibt — das Fazit: es ist unser unwürdig, von einer „amerikanischen Gefahr“ so überängstlich laut zu sprechen; es ist unklug, durch solche Jaghaftigkeit das Selbstbewußtsein des ohnehin nicht an Selbstunterwürfung leidenden Wettbewerbers noch zu stärken; es ist ungerechtfertigt, wie dies häufig genug und in zahllosen Variationen verkündet worden ist, überhaupt an eine „amerikanische Gefahr“ im Sinne einer baldigen wirtschaftlichen Unterjochung der Alten Welt durch die Union zu glauben, wofür wir nur nicht müde werden, unsere kaufmännischen wie gewerblichen Gaben wie bisher auszubilden und wofür wir uns nicht scheuen, unter Umständen auch von dem Konkurrenten zu lernen.“

* Das Berliner Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ veröffentlicht den Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bekanntlich ist auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag in Bremen die Organisationsfrage beraten und beschlossen worden, das vorliegende Material zur gründlichen Bearbeitung einer Kommission von 23 Mitgliedern zu überweisen mit der Aufgabe, spätestens drei Monate vor dem nächsten Parteitage einen ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen. Die Beschlussfassung soll dann auf dem nächsten Parteitag in Jena erfolgen. Dieser angekündigte Entwurf liegt also nunmehr vor. Neu sind vor allem eine Anzahl Bestimmungen über die Parteizugehörigkeit,

die sich infolge von mancherlei lokalen Zwistigkeiten als notwendig herausgestellt haben. Insbesondere ist das Verfahren behufs Ausschusses eines Parteigenossen dahin geregelt worden, daß künftig nur eine Organisation, nicht mehr ein einzelner Genosse, das Recht haben soll, ein Parteigericht zu beantragen. Ferner soll künftig der Genosse, den die erste Instanz, also das von Mitgliedern der lokalen Organisation gebildete Gericht, ausgeschlossen hat, damit zugleich aus der Gesamtpartei ausgeschlossen sein, was bisher nicht unbedingt der Fall war. Ein Recht auf Wiederaufnahme soll nur dem Parteitage zustehen. Wichtig ist ferner eine Bestimmung, wonach jeder sozialdemokratische Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Parteiorganisation sein und daher zur regelmäßigen Entrichtung der festgesetzten Beiträge verpflichtet sein soll. Die Wahlkreise haben mindestens 25 v. H. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Ueberhaupt wird auf eine noch straffere Organisation und zum Teil auch auf eine stärkere Zentralisierung der Partei hingearbeitet. Infolge der bekannten Streitigkeiten bei der Nachwahl für Göttingen ist in den Abschnitt „Parteiorganisation“ folgender Passus eingefügt worden: „Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.“

* Die Veröffentlichung des gesamten literarischen Nachlasses des verstorbenen Ministers Dr. v. Riquel dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen. Dagegen ist die Sammlung seiner politischen Reden sowie seiner Reden, die der erste Band noch im Laufe dieses Jahres erscheinen wird. Die übrigen Bände werden in angemessenen Zwischenräumen folgen.

Ungarn.

* Budapest, 14. April. Eine stürmische Sitzung gab es gestern im Abgeordnetenhause. Vorgelegt wurde der Entwurf der Linke einer Adresse an den König. Darin wird auf die schweren Schäden hingewiesen, die der Nation auf wirtschaftlichem Gebiete drohen, wenn Ungarn jetzt nicht instande sei, seine Interessen mit gehörigem Nachdruck zu vertreten; die Krone wird gebeten, möglichst bald eine Regierung zu ernennen, die auf Unterstützung des den nationalen Willen repräsentierenden Abgeordnetenhauses rechnen könne. In dem Adressentwurf wird weiter auf eine Reform des Parlamentes, Ausdehnung des Wahlrechtes u. a. hingewiesen; schließlich wird der König ersucht, er möge der den Anforderungen der Verfassung nicht entsprechenden gegenwärtigen Lage ein Ende machen und eine das Vertrauen des Abgeordnetenhauses besitzende Regierung ernennen, da ein weiterer Aufschub den Glauben an die Wirklichkeit des konstitutionellen Lebens in Ungarn erschüttern würde. Edöwö begründet einen Antrag auf Rückbilligung gegen Ministerpräsident Tisza und Perczel und zwar gegen Tisza, weil er die Pension Perczels von 8000 auf 15 360 Kronen erhöht habe. (Stürmische Entrüstung links.) Der Redner fragt, was Tisza noch auf dem Ministerpräsidentensessel suche. Tisza erwidert, so lange Nachfolger nicht ernannt seien, erfüllen die Minister ihre Pflicht, wenn auch die unangenehmste Pflicht, indem sie auf ihren Plätzen verbleiben. Bei der Pensionierung Perczels als früheren Minister des Innern, sei verabshäumt worden, dessen Dienstzeit als Komitatsbeamten anzurechnen, was jetzt unter seiner vollen Verantwortlichkeit gut gemacht worden sei. (Großer Lärm links.) Tisza fährt fort, übrigens handle es sich um einen hochverdienten Staatsmann. (Neuerlicher stürmischer Lärm links.) Der Präsident suspendiert die Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wiederholt Tisza, daß einem hochverdienten Mann wie Perczel diese Rücksicht gebühre. (Anbauender Lärm links, Zurufe: Vaterlandsverräter! Damit machen Sie Propaganda für den Sozialismus! Für solche Zwecke haben Sie Geld!) Das Haus vertagte sich dann.